

Mainzer Landesregierung tütet neue Schulform ein

36 600 Schulanfänger drücken ab heute die Schulbank - Projekt Realschule plus startet - Opposition warnt vor schulischer Unterversorgung

RHEINLAND-PFALZ. Der Schulstart hat in Rheinland-Pfalz einige Veränderungen gebracht - für Schüler und Lehrer. Insgesamt starten rund 460 500 Kinder und Jugendliche in das neue Schuljahr. Neu eingeschult werden rund 36 600 Kinder - 2600 Erstklässler weniger als im vergangenen Schuljahr. Nicht nur auf eine neue Schule, sondern auch auf eine neue Schulform müssen sich die 8500 Jungen und Mädchen einstellen, die als Fünftklässler eine der 122 neuen Realschulen plus im Land besuchen. Die Realschulen plus vereinen die bisherigen Haupt- und Realschulen und sollen spätestens im Schuljahr 2013/2014 flächendeckend eingeführt werden. "Durchlässigkeit und Aufstiegsmöglichkeiten werden deutlich erhöht, weil jedes Kind die Chance haben soll, seine Talente und Neigungen möglichst gut zu entwickeln", sagte Bildungsministerin Doris Ahnen (SPD).

Die FDP warnte vor Qualitätsverlusten durch die neue Schulstruktur. Zudem werde ein Wechsel von der Realschule zum Gymnasium schwieriger, sagte Nicole Morsblech (FDP). Die Realschule plus starte mit einer "deutlichen Unterversorgung", kritisierte Bettina Dickes (CDU). Kennzeichen der neuen Schulform ist eine verpflichtende Orientierungsstufe im fünften und sechsten Schuljahr mit maximal 25 Schülern pro Klasse. Die Realschulen plus sollen darüber hinaus die Berufsorientierung verbessern, sagte Ahnen. Nach Abschluss der Reform soll es im Land neben den Realschulen plus nur noch zwei weitere Schulformen geben: Gymnasien und Integrierte Gesamtschulen.

Zum neuen Schuljahr haben zehn neue Integrierte Gesamtschulen den Betrieb aufgenommen, insgesamt gibt es nun 35 Gesamtschulen im Land. Auch das Angebot der Ganztagschulen wurde um 55 Standorte aufgestockt: An 504 Schulen lernen die Schüler künftig ganztägig. Mehr als 1000 Lehrer werden laut Ahnen im neuen Schuljahr ihre Arbeit aufnehmen. Rund 900 seien zum 1. August eingestellt worden, weitere 119 bereits im Februar und Mai. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und der Verband Bildung und Erziehung (VBE) forderten angesichts der Schulreform eine bessere Unterrichtsversorgung. Es sei falsch, Lücken nur über befristete Aushilfsverträge zu füllen, so die GEW.

Fotos der Erstklässler der Schulen in der Region werden in den nächsten Tagen in den Lokalteilen und unter www.rhein-zeitung.de/

meinewelt veröffentlicht.

Oeffentlicher Anzeiger vom Dienstag, 25. August 2009, Seite 3.